

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Abonnements werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Wichtigkeit der Nachrichten und die Vollständigkeit der Berichterstattung ist die Redaktion nicht verantwortlich. Jeder Abbestellung ist ein Brief mit dem Namen und der Adresse beizufügen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Nichterreichung von Briefen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Nichterreichung von Briefen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Nichterreichung von Briefen.

Wilsdruff-Dresden. Volleheft: Dresden 2640. Montag, 19. Juli 1926. Nr. 166 — 85. Jahrgang. Kelagr.-Nr.: „Amtsblatt“.

Nr. 166 — 85. Jahrgang. Kelagr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volleheft: Dresden 2640 Montag, 19. Juli 1926

Wochenende.

Von einem Sozialpolitiker geht uns folgender Beitrag zu:

Ein Gedanke ist's so wunderbar, wunderschön — bloß hoffen wir Deutsche der Gegenwart vergebens auf ein Wunder! Wenn das Thermometer hinausgelaufen ist über die 25 Grade, wenn in den Großstädten der Asphalt eine weiche Masse zu werden beginnt — dann hinausgehen zu können, fast 48 Stunden befreit von Fron der Arbeit in heißen Fabriken, dumpfen Büros. **W e e k e n d** — Wochenende nennt es der Amerikaner, der Engländer, wenn sich am Sonnabend mittig die Fabriken, die Geschäfte, die Büros öffnen und die Angestellten und Arbeiter weckend froh hinausströmen, eilends den großen Städten den Rücken kehren, hinaus in die Natur.

Einer der Bürgermeister Berlins fordert den frühen Sonnabendschluss für alle jene weiten Kreise, denen die Last der Arbeit und des Berufs jetzt in der heißesten Zeit die Erholung versperrt oder die aus finanziellen Abzügen auf die Ferien verzichten müssen. Gewiss, der Gedanke ist wunderbar, und gerade Berlin, das wasserumspülte, waldumgebene, böte auch die Möglichkeit, draußen in der Natur ein solches Wochenende auszunutzen. Vielfach geschieht es ja auch, wird früher geschlossen, wenn freilich auch nicht schon so früh wie in England; wohl schließen die Banken, die Anwaltsbüros, ein Teil der Behörden — aber das alles geschieht nach freiwiliger Übereinkunft. Ist nicht allgemeiner Gebrauch und trifft nur verhältnismäßig wenige Gläubige. Man sollte auch auf diesem Wege fortfahren — allgemeine Lohn- und Gehaltszahlung am Freitag würde mancherlei Geschäftserleichterungen schaffen, weil sich bei dem jetzigen Zustand die Einkünfte auf den Sonnabendnachmittag zusammenhängen — man sollte als Unternehmer, dessen Betrieb ein Weckend verstatte, sich überlegen, ob man nicht eine größere Arbeitsfreudigkeit bei arbeitsmäßigem Ausgeruhet erzielt und damit durch gesteigerte Produktion doch das hereinbringt, was man an Arbeitszeit opfert.

Aber der Ton hat zu liegen auf dem Unternehmen, dessen Betrieb ein Weckend verstatte. Dazu gehören nicht die Saisonbetriebe, und der Landwirt würde mit Recht erstaunte Augen machen, wenn man ihn mitten in der Zeit der Ernte eine Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend zumuten würde. Das hat natürlich doch auch seine Rückwirkung auf die Arbeitszeit in den kleineren und mittleren Städten. Und so manchen Betrieb gibt es, in dem eine solche Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend gar nicht möglich ist, vielmehr wirtschaftlich ruiniert und wirren würde. Man kann nicht einfach durch ein Nachtgebot fremde Einrichtungen auf deutsche Verhältnisse übertragen, ohne schwere Schäden zu verursachen. Jetzt weniger als je, da unser Schicksal von einer höchstmöglichen Steigerung unserer Produktion abhängt. Nur Anregungen nach sorgfältiger Prüfung sind zulässig. Kein Zwangsrecht, sondern allmählich vordringendes Gewohnheitsrecht kann und darf hierbei wirksam sein. Und als einzigen Grund für das Weckend angeben wollen: weil es in England und Amerika möglich ist, deshalb sollte das „Wochenende“ auch bei uns durchführbar sein, heißt denn doch die Dinge ganz falsch beurteilen. Nur die kühle Überlegung, ob dadurch eine Herabsetzung der Gesamtproduktion, eine Hemmung des Ganges unserer Gesamtwirtschaft erfolgt, oder ob nicht eine Förderung in der Schnelligkeit dieses Ganges zu erzielen ist, darf die Entscheidung treffen.

Schneller rast die Arbeit, härter denn je ist der Kampf ums Dasein, immer mehr steigert sich das Tempo gerade bei uns in Deutschland, muß es sich steigern, sollen wir als Volk am Leben bleiben. Um so mehr wäre zu wünschen, daß bei diesem Tempo jede körperlich-seelische Erleichterung geschaffen wird, die möglich ist überall dort, wo nicht ein unerbittliches Maß eine Grenze setzt. Wird aber eine solche Grenze leichtfertig übersprungen, dann bleibt das leider nicht ohne Folgen.

Keine Antwort an General Walsh?

Ein englischer Vorschlag.
In englischen politischen Kreisen sind die letzten Noten der Interalliierten Militärkontrollkommission, an deren Spitze General Walsh steht, sehr unliebsam empfunden worden, da sie die Kreise der Völkerverständigung zu zerstören droht, die von der Themsenmetropole aus betrieben wird. So teilt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ mit, daß in Übereinstimmung mit den Londoner Hoffnungen und unter diplomatischem Druck von verschiedenen Seiten Dr. Stresemann sich voraussichtlich bemühen werde, die ganze Entwaffnungsaffäre zu lancieren, bis Deutschland seinen Sitz im Völkerverständnis eingenommen habe, da in verschiedenen Hauptstädten der Wunsch weit verbreitet sei, diesen ganzen, unzeitgemäßen Zwischenfall zwischen jetzt und September zu vertuschen.

Das Kabinett Briand gestürzt.

Das Ermächtigungsgesetz abgelehnt.

Das zehnte Kabinett Briand ist nach einer Lebensdauer von drei Wochen gestürzt worden. Die Kammer lehnte es ab, die von Cassanaz geforderten Vollmachten der Regierung zu gewähren. In dem entscheidenden Gesetzentwurf wurde von der Kammer verlangt, der Regierung zu überlassen, selbständig alle ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen zur finanziellen Ausrichtung und zur Stabilisierung der Währung zu ergreifen. Diese Vollmachten sollten bis zum 30. November dieses Jahres erteilt werden. Schon der Finanzausschuss der Kammer hatte diese Forderungen abgelehnt. Die Regierung hoffte jedoch, den Gesetzentwurf in der Kammer durchzubekommen, wobei sie mit dem **M a r t i n** drohte, falls das Ermächtigungsgesetz nicht zur Annahme gelangen sollte. Aber auch diese Drohung hat nichts geholt. Die Kammer lehnte vielmehr mit 288 gegen 243 Stimmen die von der Regierung gewünschte Vollmachten ab, worauf Briand unverzüglich dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des Kabinetts überreichte, das auch von Doumergue angenommen wurde.

Die Sitzung der Kammer verlief außerordentlich dramatisch. Für die Opposition trat **K a m m e r p r ä s i d e n t** **H e r r i o t** als Sprecher auf. Unter großer Bewegung des Hauses betonte er, nicht als Abgeordneter, sondern als Präsident der Kammer und als Hüter der Rechte des Parlaments zu sprechen. Er hatte es für seine Pflicht, so sagte er, die Regierung in einem Augenblick, wo es um das Schicksal nicht nur des Parlaments und der Verfassung, sondern des Landes selbst gehe, vor den gefährlichen Folgen des Weges zu warnen, den sie beschritten habe. Er beschwor die Regierung, auf den Versuch zu verzichten, das Parlament seiner fundamentalsten Rechte und Pflichten zu berauben. Was die Regierung jetzt von der Kammer verlange, sei ein offener Verstoß gegen die Verfassung und gegen die Gesetze der Republik. Das Parlament schreie zurück vor dem Versuch, eine Diktatur aufzurichten. Gewiss könne ein Problem, wie es die Stabilisierung der Währung darstelle, nicht in allen Einzelheiten in voller Öffentlichkeit erörtert werden, aber man dürfe nicht soweit gehen, das Parlament bis Ende des Jahres einfach beiseite zu schieben. Die Konsequenzen des Ermächtigungsgesetzes seien unabsehbar. **H e r r i o t** drohte sogar, falls das Ermächtigungsgesetz angenommen werden würde, das Amt des Kammerpräsidenten niederzulegen.

Der Berichterstatter fährt dann fort, ein solches Verbot würde allerdings nicht bedeuten, daß nicht ein direkter Meinungsaustrausch zwischen den alliierten Regierungen stattfinden könnte, um eine Wiederholung eines solchen Schrittes gegen Deutschland zu vermeiden. Die Kontrollkommission würde bei dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund oder bald darauf sowieso verschwinden. Der Hinweis, daß ihr Präsident ein französischer Offizier sei, brauche jetzt noch nach fünf Jahren nicht hervorgehoben zu werden. Dasselbe sei die Frage mit der Präsidentenwahl in der Reparationskommission, die ebenfalls anfangs den Franzosen nur für einen Zeitraum von fünf Jahren zugelassen worden sei.

Dagegen müsse die Stellung der Vorkonferenz und der Versäcker Militärkommission, die beide nicht im Versäcker Instrument vorgesehen wären, revidiert werden. Es sei kein Grund vorhanden, daß diese Kommissionen immer in Paris unter französischem Vorsitz verhandeln und England in diesen Kommissionen durch militärische Delegierte vertreten sei, die einen geringeren Rang hätten als ihre französischen oder anderen alliierten Kollegen.

Neuer Zwischenfall in Gernersheim.

In Gernersheim, wo sich erst vor kurzem unliebsame Vorkommnisse bei einem Kriegerfest ereignet haben, die noch zu einem diplomatischen Schritt Deutschlands führen werden, haben sich wieder neue Zwischenfälle ereignet. In den letzten Tagen sind mehrere Bewohner des Ortes von den Soldaten mißhandelt worden. In anderen Fällen wurden junge Mädchen von den Soldaten belästigt. Es ist also höchste Zeit, daß die unhaltbaren Zustände in dem Orte abgestellt werden.

„Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg.“

Aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.
Die Veröffentlichungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs haben seither in dem Gutachten des Reichstaatsanwaltes und Marburger Staatsrechtslehrers Prof.

Ministerpräsident **B r i a n d** antwortete sehr erregt, erinnerte gefühlvoll an die tragischen Stunden von Verdun und betonte, daß die Auseinandersetzung zwischen ihm und **H e r r i o t** im jetzigen Augenblick als ein tragisches Ereignis bezeichnet werden müsse. Er habe als guter Republikaner die ehrliebe Überzeugung, daß der von ihm vorgeschlagene Weg das Beste für das Parlament nicht untergraben, sondern im Gegenteil die Autorität des Parlaments dem Lande gegenüber stärken werde. Nichts liege ihm ferner, als die Mitarbeit des Parlaments ausschalten zu wollen. Die endlosen Debatten, die die von **H e r r i o t** gewünschte Beschränkung der Vollmachten zur Folge haben würden, müßten die allgemeine Zerrüttung beschleunigen. Die Regierung sei sich wohl bewußt, daß sich ihre Lage noch schwieriger gestalten, indem sie sich den Forderungen **H e r r i o t**s widersetze. Sie nehme das aber in Kauf und falle, wenn es sein müsse.

Aus der sich anschließenden Debatte sind die Ausführungen des **A b g. M a r t i n**, des Führers der Rechten, erwähnenswert, der der Regierung vorhielt, daß sie immer die Notwendigkeit einer raschen Aktion predige und die Kammer zur Eile antreibe, selbst aber seit Wochen so gut wie nichts getan habe.

Ein Kabinett Herriot-Poincaré?

In den Wandelgängen der Kammer hatte man nach Schluß der Sitzung den Eindruck, daß eine große Zahl von Abgeordneten als die in erster Linie für die Bildung des neuen Kabinetts in Frage kommende Persönlichkeit **H e r r i o t** betrachte. Man nimmt an, daß er in der Lage ist, eine weitgehende republikanische Mehrheit zu bilden, der Politiker der verschiedensten Parteien angezogen würden. Man behauptet, daß er die Absicht habe, als **H e r r i o t** der Präsident der Republik mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt würde, an **P o i n c a r é** herzutreten. **P o i n c a r é** selbst wurde übrigens auch als möglicher Präsidentschaftskandidat genannt.

Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Paris. Der Präsident der Republik, **D o u m e r q u e** hat den Kammerpräsidenten **H e r r i o t** mit der Kabinettsbildung beauftragt. **H e r r i o t** wird die Bildung eines Kabinetts der republikanischen Konzentration versuchen, die ihm vor einigen Monaten nicht gelungen ist.

D. D. B r e d t, das unter dem Titel „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“ erscheint, ihre Fortsetzung gefunden.

Der Untersuchungsausschuss ist damit in die Veröffentlichung seiner „Zweiten Abteilung: der innere Zusammenbruch“ eingetreten, nachdem die ersten drei Bände die Fragen des Zusammenbruchs unserer Kriegführung und der aus engster mit ihr zusammenhängenden **A u f e n p o l i t i k** zu klären gesucht hatten. Das Gutachten Prof. **B r e d t** bildet den Übergang zu den vom Herbst an erscheinenden Bänden über die revolutionären und anarcho-revolutionären Bestrebungen in Deutschland, den beiden Hauptthemen des Ausschusses zum inneren Zusammenbruch. **B r e d t** liefert zugleich eine theoretische Studie als Staatsrechtslehrer und eine Kritik des Reichstages. Aus dem Gutachten heben sich zwei Thesen besonders scharf hervor: die eine geht dahin, daß die Parteien der Friedensresolution bei entschlossener Fortsetzung der mit dieser Ausdeutung eingeschlagenen Politik die Führung hätten in die Hand nehmen können, um den Krieg im Sinne der Verständigung zu beendigen, die andere, daß bei der Verhandlung der Friedensaktion des Papstes der Reichstag vom damaligen Reichskanzler **D r. W i c h a e l s** getäuscht worden sei. Die erste These bilde den Hauptgegenstand einer eingehenden Aussprache im Ausschuss, zu der zweiten will der Ausschuss im Herbst den früheren Reichskanzler noch einmal vernehmen.

Mit drei Millionen flüchtig.

Ein betrügerischer Bankier schädigt viele Landwirte.
Nach Unterschlagung von 3 Millionen Mark ist der 40jährige Bankier **E r n s t S c h r ö d e r** aus Frankfurt an der Oder, der dort Beleihungsaufträge für die Berliner Roggen-Kontobank ausführt, flüchtig geworden. **S c h r ö d e r** hat sich allem Anschein nach nach Hamburg gewandt, wo ihn die Kriminalpolizei noch vermutet. Vermutlich will er nach Amerika zu entkommen versuchen. Viele Hunderte von Landwirten aus den Kreisen Schwiebus, Königsberg usw. haben durch **S c h r ö d e r** ihr Geld verloren. **S c h r ö d e r** hatte vor einiger Zeit das Frankfurter Bankgeschäft von **S a g e d o r n** käuflich erworben. Er führte es